



September 2024

Offshore Windkraft 2045

SICHER; SAUBER; BEZAHLBAR



Mit 70GW Offshore Wind bis 2045 hat sich Deutschland ambitionierte Ausbauziele gegeben. Um diese zu erreichen, setzt das bestehende Ausschreibungsdesign auf einen marktgetriebenen Ausbau ohne staatliche Förderung. Der Bundesregierung ist damit bei Wind Offshore bereits gelungen, was bei den anderen Erneuerbaren noch bevorsteht: förderfrei erneuerbar.

Damit ist der richtige Weg eingeschlagen: Er erlaubt einen kosteneffizienten Zubau von Offshore Wind und unterstützt Konzepte für eine integrierte Energiewende. Der marktgetriebene Ausbau spiegelt zudem die Marktreife der Technologie wider und ermöglicht, dass über PPAs große Mengen an grünem Strom für die Dekarbonisierung der deutschen Industrie zur Verfügung stehen.

Die Ausschreibung im Jahr 2023 hat mit hohem Wettbewerb und neuen Marktakteuren grundsätzlich den Erfolg dieses Auktionsdesigns verdeutlicht, jedoch auch dessen Grenzen aufgezeigt. Nun gilt es, den regulatorischen Rahmen für Offshore Wind in Deutschland zukunftssicher und kostengünstiger zu machen und in allen drei Phasen zu optimieren: Ausschreibung, Projektrealisierung und Betrieb. Geht der Gesetzgeber die nachfolgenden Themen mit dem richtigen Fokus an, werden aus den derzeit soliden Rahmenbedingungen, zukunftsweisende für sauberen, sicheren und bezahlbaren Offshore Wind in 2045. Mehr Wert bei weniger Emissionen erreichen wir mit diesen neun Anpassungen:

- Fristen für den Bau der Windparks an technologische Entwicklung anpassen.
- Dauer der Betriebsgenehmigung ausweiten.
- Faire Entschädigung bei Abregelung einführen.
- Kosten für hinterlegter Sicherheiten reduzieren.
- Nachjustierung der Ausschreibungskriterien erforderlich.
- Dynamisches Gebotsverfahren ausweiten.
- Alle Flächen voruntersuchen.
- Entschädigung bei verspätetem Netzanschluss fair ausgestalten.
- Hafeninfrastruktur fördern.

1. Fristen für den Bau der Windparks an technologische Entwicklung anpassen.

Die gesetzlichen Meilensteine für die Projektrealisierung – und damit verbundene Pönalen – stellen eine rechtzeitige Umsetzung sicher. Sie müssen jedoch an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden, da sich heute ausgeschriebene Windparks weiter von der Küste entfernt befinden und deutlich größer sind als bisher. Die Entwickler haben daher ein sehr hohes Risiko durch unverschuldete Verzögerungen (z.B. schlechtes Wetter, Lieferengpässe) empfindliche Strafen zahlen zu müssen. Dieses regulatorische Risiko kann durch eine minimale Anpassung der Meilensteine reduziert werden (z.B. eine Frist von 12 Monaten (statt 6 Monaten) in Bezug auf den 95%-Meilenstein).

2. Dauer der Betriebsgenehmigung ausweiten.

Technisch können neue Offshore-Windparks 35 Jahre laufen. Aktuell ist die Betriebsgenehmigung nur auf 25 Jahre ausgelegt mit der Möglichkeit um zehn Jahre Verlängerung. Das bringt erhebliche Planungsunsicherheit zu Lasten der Betreiber. Vor diesem Hintergrund sollte die Betriebsgenehmigung von vornherein auf 35 Jahre erhöht werden.

3. Faire Entschädigung bei Abregelung einführen.

Die Abregelung von Offshore Strom ist keine Seltenheit. Für diesen Zeitraum erhält der Windparkbetreiber eine finanzielle Entschädigung für die entgangenen Erlöse, jedoch keine Herkunftsnachweise (HKN) für die abgeregelte Strommenge. Das ist problematisch, da der Strom zu einem Großteil über PPAs an die Industrie geliefert wird. Diese braucht die HKN, um ihren Grünstromanteil nachzuweisen. Die Abregelungsentschädigung sollte daher angepasst werden, um Offshorestrom für PPAs mit der Industrie attraktiv zu halten. Dafür braucht es mehr als einen finanziellen Ausgleich. Die Entschädigung muss auch physische HKN beinhalten.

4. Kosten für hinterlegte Sicherheiten reduzieren.

Bankgarantien und Hinterlegung eines Geldbetrags auf ein Verwahrkonto der Bundesnetzagentur (§31 Abs.3 Nr.2 EEG) sind die einzige gesetzlich zugelassene Option, um die Pönalen abzusichern. Dies kostet Projektentwickler jährlich mehrere Millionen Euro an unproduktiven Bank–Gebühren und erhöht die Stromgestehungskosten unnötig. Eine zusätzliche Anerkennung von Garantien der Konzern-Muttergesellschaften, könnte die Projektkosten um Millionenbeträge senken, ohne für den Staat zusätzliches Risiko zu bedeuten.

5. Nachjustierung der Ausschreibungskriterien erforderlich.

Qualitative Kriterien können eine sinnvolle Ergänzung zu rein finanziellen Ausschreibungen sein. Aktuell ergeben sich jedoch Benachteiligungen z.B. beim Kriterium „Ausbildungsquote“ und der Auslegung für international tätige Entwickler. Dies wird der Diversität der Akteure nicht gerecht und schafft Rechtsunsicherheit. Die bestehenden Kriterien sollten kritisch überprüft und ergänzt werden (Systemintegration; Meeresschutz), um das Potenzial besser und fairer auszuschöpfen.

6. Dynamisches Gebotsverfahren ausweiten.

Statt der verdeckten Gebotsabgabe sollte auch bei den voruntersuchten Flächen das dynamische Gebotsverfahren Anwendung finden. Dies stärkt die Transparenz und verhindert, dass Bieter unrealistisch optimistische Annahmen treffen ("winners curse"). Langfristig stärkt das die wirtschaftliche Gesundheit der Projektierer und erhöht die Realisierungswahrscheinlichkeit der bezuschlagten Projekte.

7. Alle Flächen voruntersuchen.

Durch die Daten aus der Voruntersuchung können alle Bieter fundiertere Gebote abgeben, da in der anschließenden Entwicklung der Flächen weniger Unwägbarkeiten auftauchen. Dieses Vorgehen wäre auch aus volkswirtschaftlicher Sicht effizienter und würde die knappe Verfügbarkeit der Schiffe besser moderieren. Die Ausschreibungsvolumina sind ab 2025 mit 4 bis 5 GW/a deutlich niedriger als 2023/2024. Vor diesem Hintergrund sollte das BSH wieder alle ausgeschriebenen Flächen voruntersuchen und so mehr Transparenz über die Gegebenheiten aller Flächen schaffen.

8. Entschädigung bei verspätetem Netzanschluss fair ausgestalten.

Verspätet sich der Netzanschluss erhält der Projektentwickler nach 90 Tagen für 90 % der entgangenen Einnahmen eine Entschädigung. Vor der letzten Novelle des WindSeeG lag diese Frist bei 15 Tagen. Diese Risikoverschiebung vom Übertragungsnetzbetreiber hin zum Entwickler erhöht das Realisierungsrisiko deutlich und sollte angemessener aufgeteilt werden.

9. Hafeninfrastuktur fördern:

Häfen sind ein entscheidendes Puzzlestück, um die ambitionierten Offshore-Ziele umzusetzen. Dabei wird sich Deutschland zukünftig nicht mehr auf andere europäische Häfen verlassen können: Diese Länder haben selbst hohe Zubauziele. Ohne eine moderne deutsche Hafeninfrastuktur, kein Offshore. Die Wind-Offshore-Branche hat deshalb Konzepte vorgelegt, wo Deutschland investieren muss, um den massiven Ausbau in Zukunft stemmen zu können und wie ein Teil der Auktionserlöse dazu beitragen kann. Hier braucht es volle politische und finanzielle Unterstützung.

Cautionary Note

The companies in which Shell plc directly and indirectly owns investments are separate legal entities. In this document "Shell", "Shell Group" and "Group" are sometimes used for convenience where references are made to Shell plc and its subsidiaries in general. Likewise, the words "we", "us" and "our" are also used to refer to Shell plc and its subsidiaries in general or to those who work for them. These terms are also used where no useful purpose is served by identifying the particular entity or entities. "Subsidiaries", "Shell subsidiaries" and "Shell companies" as used in this document refer to entities over which Shell plc either directly or indirectly has control. The term "joint venture", "joint operations", "joint arrangements", and "associates" may also be used to refer to a commercial arrangement in which Shell has a direct or indirect ownership interest with one or more parties. The term "Shell interest" is used for convenience to indicate the direct and/or indirect ownership interest held by Shell in an entity or unincorporated joint arrangement, after exclusion of all third-party interest.

Forward-Looking Statements

This document contains forward-looking statements (within the meaning of the U.S. Private Securities Litigation Reform Act of 1995) concerning the financial condition, results of operations and businesses of Shell. All statements other than statements of historical fact are, or may be deemed to be, forward-looking statements. Forward-looking statements are statements of future expectations that are based on management's current expectations and assumptions and involve known and unknown risks and uncertainties that could cause actual results, performance or events to differ materially from those expressed or implied in these statements. Forward-looking statements include, among other things, statements concerning the potential exposure of Shell to market risks and statements expressing management's expectations, beliefs, estimates, forecasts, projections and assumptions. These forward-looking statements are identified by their use of terms and phrases such as "aim"; "ambition"; "anticipate"; "believe"; "commit"; "commitment"; "could"; "estimate"; "expect"; "goals"; "intend"; "may"; "milestones"; "objectives"; "outlook"; "plan"; "probably"; "project"; "risks"; "schedule"; "seek"; "should"; "target"; "will"; "would" and similar terms and phrases. There are a number of factors that could affect the future operations of Shell and could cause those results to differ materially from those expressed in the forward-looking statements included in this document, including (without limitation): (a) price fluctuations in crude oil and natural gas; (b) changes in demand for Shell's products; (c) currency fluctuations; (d) drilling and production results; (e) reserves estimates; (f) loss of market share and industry competition; (g) environmental and physical risks; (h) risks associated with the identification of suitable potential acquisition properties and targets, and successful negotiation and completion of such transactions; (i) the risk of doing business in developing countries and countries subject to international sanctions; (j) legislative, judicial, fiscal and regulatory developments including regulatory measures addressing climate change; (k) economic and financial market conditions in various countries and regions; (l) political risks, including the risks of expropriation and renegotiation of the terms of contracts with governmental entities, delays or advancements in the approval of projects and delays in the reimbursement for shared costs; (m) risks associated with the impact of pandemics, such as the COVID-19 (coronavirus) outbreak, regional conflicts, such as the Russia-Ukraine war, and a significant cybersecurity breach; and (n) changes in trading conditions. No assurance is provided that future dividend payments will match or exceed previous dividend payments. All forward-looking statements contained in this document are expressly qualified in their entirety by the cautionary statements contained or referred to in this section. Readers should not place undue reliance on forward-looking statements. Additional risk factors that may affect future results are contained in Shell plc's Form 20-F for the year ended December 31, 2023 (available at www.shell.com/investors/news-and-filings/sec-filings.html and www.sec.gov). These risk factors also expressly qualify all forward-looking statements contained in this document and should be considered by the reader. Each forward-looking statement speaks only as of the date of this document, September 2024. Neither Shell plc nor any of its subsidiaries undertake any obligation to publicly update or revise any forward-looking statement as a result of new information, future events or other information. In light of these risks, results could differ materially from those stated, implied or inferred from the forward-looking statements contained in this document.

Shell's Net Carbon Intensity

Also, in this document we may refer to Shell's "Net Carbon Intensity" (NCI), which includes Shell's carbon emissions from the production of our energy products, our suppliers' carbon emissions in supplying energy for that production and our customers' carbon emissions associated with their use of the energy products we sell. Shell's NCI also includes the emissions associated with the production and use of energy products produced by others which Shell purchases for resale. Shell only controls its own emissions. The use of the terms Shell's "Net Carbon Intensity" or NCI are for convenience only and not intended to suggest these emissions are those of Shell plc or its subsidiaries.

Shell's net-zero emissions target

Shell's operating plan, outlook and budgets are forecasted for a ten-year period and are updated every year. They reflect the current economic environment and what we can reasonably expect to see over the next ten years. Accordingly, they reflect our Scope 1, Scope 2 and NCI targets over the next ten years. However, Shell's operating plans cannot reflect our 2050 net-zero emissions target, as this target is currently outside our planning period. In the future, as society moves towards net-zero emissions, we expect Shell's operating plans to reflect this movement. However, if society is not net zero in 2050, as of today, there would be significant risk that Shell may not meet this target.

Forward-Looking non-GAAP measures

This document may contain certain forward-looking non-GAAP measures such as [cash capital expenditure] and [divestments]. We are unable to provide a reconciliation of these forward-looking non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures because certain information needed to reconcile those non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures is dependent on future events some of which are outside the control of Shell, such as oil and gas prices, interest rates and exchange rates. Moreover, estimating such GAAP measures with the required precision necessary to provide a meaningful reconciliation is extremely difficult and could not be accomplished without unreasonable effort. Non-GAAP measures in respect of future periods which cannot be reconciled to the most comparable GAAP financial measure are calculated in a manner which is consistent with the accounting policies applied in Shell plc's consolidated financial statements.

The contents of websites referred to in this document do not form part of this document.

We may have used certain terms, such as resources, in this document that the United States Securities and Exchange Commission (SEC) strictly prohibits us from including in our filings with the SEC. Investors are urged to consider closely the disclosure in our Form 20-F, File No 1-32575, available on the SEC website www.sec.gov.